

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Begründet 1856

Abgabe bei wöchentlichem Bestellen monatlich 1,40 Mk. (einmalig 30 Mk. für den ersten Monat), durch Postweg 1,40 Mk. einschließlich 50 Pfg. Postgebühr (ohne Postumschlaggebühren bei zwei wöchentlichen Bestellen. Angekommene 10 Pfg., außerhalb Dresden 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einseitige 20 mm breite Seite 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., bis 90 mm breite Reklametexte 300 Pfg., außerhalb 350 Pfg. Offertenblätter 80 Pfg. Kautionspflicht gegen Veruntreuung

Druck u. Verlag: Meylich & Reichardt, Dresden, Postfach-Nr. 1066 Dresden, Reichardtstr. 10 mit beidseitigen Querungen (Dresden, Markt) 1000/10. Unverlangte Schließblätter werden nicht entnommen

Weinrestaurant
Englischer Garten
Ringstraße 32 Tel. 13333
Mittags- und Abend-Gedecke von Mk. 3.00 an / Holländische Imperial-Austern 10 Stück Mk. 3.50 / Herabgesetzte Weinpreise
Gesellschaftsräume für Festlichkeiten / Stadtküche

KONDITOREI
Limberg
Prager Straße 10

Das angenehme Tages-Café
Christstollen-Versand
nach allen Weltteilen

Limbäcker
Johann-Georgen-Allee 8 Fernspr. 13777
Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

Das Notprogramm mit 38 Stimmen gerettet

Die Misstrauensanträge gegen das Kabinett abgelehnt

Berlin, 7. Dez. Der Reichstag lehnte am Sonnabendnachmittag 6 Uhr nach dreitägiger Debatte die Anträge der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Kommunisten auf Aufhebung der Notverordnung vom 1. Dezember gegen die Stimmen der Antragsteller sowie der Wirtschaftspartei und der Landvolkpartei mit 292 gegen 254 Stimmen ab.

Der nationalsozialistische Vertrauensantrag für die Regierung wurde durch einen Antrag Esser (Ztr.) in namentlicher Abstimmung mit 298 gegen 233 Stimmen der Oppositionsparteien bei 22 Enthaltungen für unzulässig erklärt. Dieser Abstimmung war eine längere, sehr erregte Geschäftsordnungsdebatte vorausgegangen.

Im Anschluß daran wurden die drei Misstrauensanträge der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten mit 291 gegen 255 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Der Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom Juli verfiel mit 307 gegen 235 Stimmen bei einer Enthaltung ebenfalls der Ablehnung.

Wieder Bewährungsfrist?

Mit einer Mehrheit von 40 Stimmen ist die Aufhebung der Notverordnung im Reichstag abgelehnt worden. Das ist eine größere Majorität, als man nach den Verlaufsberechnungen der Parteien während der letzten Debatte annehmen durfte. Hatte man doch selbst im Regierungslager nur mit höchstens 17 Stimmen zu rechnen gewagt. Die Ursache liegt darin, daß die Sozialdemokratie geschlossen für Brünings stimmte. Nur wenige Abgeordnete des linken Flügels um Seydewitz und Fleißner blieben der Abstimmung fern. Andererseits fehlten im Lager der Opposition mehrere Abgeordnete der Wirtschaftspartei, darunter der zurückgetretene Justizminister Dr. Bredt und Colosser, während der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Siller-Württemberg sogar für die Regierung stimmte. Nichts wäre aber verfehler, als aus diesem Abstimmungsergebnis nun einen großen Sieg für das Kabinett herauslesen zu wollen. Etwas in dem Sinne, daß sich am Sonnabend gezeigt habe, daß die Regierung über eine feste parlamentarische Mehrheit verfüge und nun voller Zuversicht in die Zukunft sehen könne. Die Mehrheit ist absolut unentschiedlich und ihre Motive für die Regierung zu stimmen, so verschieden wie nur möglich. Nicht einmal in ihren nächsten Zielen weist die neue Brüningsmehrheit von den Marxisten bis zu den Volksoberkonservativen und Christlichsozialen irgendein gemeinsames politisches Wollen auf. Die Regierung hat lediglich einen Erfolg über die Parteien errungen, die ihr nach langem Zaudern schließlich ihre Stimme gaben. Allerdings jede Fraktion mehr oder weniger, als aus Zustimmung zu den Zielen des Reichsführers. Das oberste Ziel jeder Regierung, sich eine feste parlamentarische Mehrheit zu schaffen, konnte das Kabinett Brünings nicht erreichen. Nichts hat vielleicht den inneren Schwächestand der Regierung mehr enthüllt, als die umfangreiche Geschäftsordnungsdebatte, in der die Brüningsparteien den fingierten nationalsozialistischen Vertrauensantrag zu umgehen trachteten. Obwohl die Verfassung ausdrücklich vorschreibt, daß die Regierung des Reiches dem Reichstag gebürdet ist, wagen es die sogenannten Mehrheitsparteien nicht, einen positiven Vertrauensantrag überhaupt zur Abstimmung zu bringen. Nur negative Ablehnung von Misstrauensvoten und die Bezeichnung von Vertrauensvoten als „unzulässig“, das ist alles, was die Mehrheitsparteien von Befürmter für die Regierung aufbringen. Es ist bezeichnend für die Verantwortungslosigkeit des „demokratischen“ Parlamentarismus und charakteristisch dafür, wie die Mehrheit unter Umgehung über die sonst so laut verlebte Verfassung die Minderheit verweigert, daß die Mehrheitsparteien nicht die Zivilcourage aufbringen, ihre Handlungsweise durch ein positives Vertrauensvotum auf die Probe zu stellen. Es fragt sich nur eines: wie schämen diese Parteien eigentlich ihre Wähler ein. Glauben sie im Ernste, daß sich irgend jemand durch diese Abstimmungsmanöver, mit denen man die eigene Verantwortung für die Taten des Kabinetts vertuschen will, noch täuschen läßt?

Der Kampf geht weiter!

Die Berliner Blätter zur Reichstagsdebatte

Berlin, 7. Dez. Zur Ablehnung der Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vom 1. Dezember durch den Reichstag nehmen die Berliner Blätter ausführlich Stellung. Die „Germania“ spricht von einem Sieg der Sachlichkeit. Die Bedeutung der Entscheidung liegt darin, daß der Versuch, eine große, sachliche Aufgabe der deutschen Politik parlamentarisch zu lösen, gescheitert ist. Die „DZJ“ sagt, die Motive der Parteien, aus denen sich die Brünings-Mehrheit zusammensetzt, seien zweifellos sehr verschiedenartig. Das andere nichts an dem ersten Versuch, das besonders im Hinblick auf die Wirkung im Ausland zu begrüßen sei. Die Berliner „Völkisch-Zeitung“ heißt sich, daß die Zusammenlegung der Mehrheit, durch die die Regierung Brünings in die Lage versetzt ist, mit Zustimmung des Reichstages die Notverordnung durchzuführen zu können, die leidenschaftliche Widernatürlichkeit sei. Das Sich-Verleihen der Rechte habe zur Folge, daß die Sozialdemokraten nach außen hin sich als Helfer der Nation aufspielen. Denn es sei kein Geheimnis mehr, daß die Zustimmung des Reichstages zur Notverordnung vom Kreditpolitischen Standpunkt aus für das Deutsche Reich von den ausländischen Stellen als wünschenswert erachtet worden sei. Der „Vorwärts“ sagt, durch das Abstimmungsergebnis im Reichstag sei aller Wahrscheinlichkeit nach die Weichnachtskrise vermieden und ein Abrücken des Kurzes im Reich und in Preußen noch weiter nach rechts bis auf weiteres verhindert worden. Dieses Ergebnis sei durch die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herbeigeführt worden. Die „Kreuzzeitung“ stellt fest, daß die Regierung „bis zum nächsten Male“ gerettet sei. Der Kampf geht weiter, die nationale Opposition halte an ihren Forderungen fest. Der „Völkisch-Anzeiger“ schreibt, die Regierung könne sich ihrer Sozialistenreinheit rühme, die in den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie gezogen sei, werde die Regierung der Sozialdemokratie, ohne die sie keinen Schritt mehr tun könne, und von der sie sich ihre Bedingungen vor schreiben lassen müsse. Der „Völkisch-Kourier“ sagt, das von rechts und links so heftig beantragte Kabinett stehe, weil es den klaren Willen zur Erfüllung des Unvermeidlichen besitze, fester da als irgendein anderes. Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einem rettenden Sieg, der durch die Festigkeit und unermüdete Ausdauer Brünings und durch die Bemühungen des Reichsfinanzministers und anderer Mitarbeiter erfochten worden sei. Die „Völk. Zeitung“ hebt hervor, daß durch den Reichstagsbesitz der Regierung ein neuer wichtiger Schritt am Wege der Sanierung der Finanzen und der Wirtschaft getan sei.

Über 30 000 Zuschauer
sahen im Dresdner Fußballderby
DSC über GutsMuts 6:0 siegen
Ausführlicher Bericht und Bilder von diesem Großkampf auf Seite 8

Die Alldutschen gegen Brünings

Berlin, 7. Dez. Am Sonnabend und Sonntag tagte in Berlin der geschäftsführende Ausschuss des Alldutschen Verbandes, der sich mit der Politik der Regierung Brünings beschäftigte. In der Aussprache wurde einhellig erklärt, daß der Ausgang der Abrüstungsverhandlungen in Genf beruht auf dem Willen der Regierung, die Ehre des deutschen Volkes den sofortigen Austritt aus dem Völkerbund zu erfordern. Das deutsche Volk müsse in allen Rüstungs- und Wehrfragen wieder uneingeschränkte Souveränität in Anspruch nehmen. Das Verhalten des Kabinetts Brünings bei den Maßnahmen gegen den polnischen Terror in Oberschlesien wurde aufs schärfste verurteilt. In Sachen der neuen Notverordnungen wurde eine Entschleunigung gefordert, in der es u. a. heißt: Der geschäftsführende Ausschuss des Alldutschen Verbandes legt Bewahrung ein gegen das vom Kabinett Brünings in steigendem Maße angewandte Verfahren der verfassungswidrigen Vergewaltigung der nationalen Opposition. Nach Verweigerung des Vertrauensantrages durch die hinter der Regierung stehenden Parteien im Reichstag steht nunmehr endgültig fest, daß die Regierung ihr Amt ohne Rechtsgrundlage ausübt. Sie benutzt den Artikel 48 der Verfassung dazu, die ihr fehlende Mehrheit zu erheben und die nationale Opposition andauerknagend. Der Versuch, mit Artikel 48 der Verfassung aufzugeben, bedeutet einen Staatsstreich. Am Ende dieses Weges stehen nicht die Festlegung der durch den Umsturz und die seitdem betriebene Politik zerrütteten Verhältnisse, sondern die endgültige Auflösung.

Näheres über die politische Lage auf Seite 21

Barthous Kabinettsbildung gescheitert

Paris, 7. Dez. Infolge der Ablehnung Poincarés, die Kabinettsbildung zu übernehmen, hat sich der Präsident der Republik bemüht, unter den Senatoren den Politiker zu finden, der nach Poincaré am besten geeignet wäre, die Krise zu lösen und dem Wunsch nach Verzichtnahme Rechnung zu tragen, der sich nach der Abstimmung am Donnerstag im Senat und Senat geäußert hatte.

Der Präsident hatte sich für Senator Barthou entschieden und ihm am Sonnabend den Auftrag zur Kabinettsbildung erteilt. Barthou nahm auch den Auftrag an und äußerte sich auch noch im Laufe des Sonntags sehr optimistisch.

Wie jedoch am Montag 2 Uhr gemeldet wird, hat nunmehr Barthou auf die Kabinettsbildung verzichtet und seinen Auftrag zurückgegeben.

Fünf Todesurteile im Ramsin-Prozess

Moskau, 7. Dez. Das Oberste Gericht der Sowjetunion hat nach dreitägiger Beratung die Angeklagten Ramsin, Larilchew, Kalinikow, Ticharnowski und Kretow zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die übrigen Angeklagten Diksin, Sitin und Kupjanow wurden zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig. Die Begründung des Urteils wird erst später übermittelt werden.

Schiffsuntergang in China

Pondon, 7. Dez. Auf dem Tugatinace sank in einem Sturm der Dampfer „Sen Tao“. 300 Passagiere und die Schiffbesatzung sind ertrunken. Nur fünf Personen konnten gerettet werden.

Die Sozialdemokraten haben sich zur Rettung des Kabinetts entschlossen, „am Schlimmsten zu verhüten“, die Konservativen und Christlichsozialen, weil sie von der Regierung bessere Taten als bisher erwarten. Sattam bekannt sind ja die Hintergründe der großen „gearteten“ Regierungspartei, der Sozialdemokratie. Sie läßt sich allerdings ihre Jurat vor einer Reichsregierung, vor allem vor einer nationalen Diktatur, mit der Festigung ihrer Machtposition in Preußen recht teuer bezahlen. Man weiß in der Tat schon lange nicht mehr, wer nun eigentlich Führer und wer Geführter ist, Brünings oder die Sozialdemokratie. Sicherer Gewinner ist zur Zeit der sozialistische preussische Ministerpräsident und die sämtlichen Funktionäre seiner Partei, die er in die hohen und höchsten Stellen des preussischen Staates gebracht hat.

Jedenfalls so viel läßt sich sagen, die Hoffnungen, die die sogenannte gemäßigten Rechte bezogen haben, dem Kabinett zum löblichen Male eine Bewährungsfrist für besseres Wohlverhalten in der Zukunft zu erteilen, wird sich nur zu bald als völlig ungerechtfertigt erweisen. Denn die Regierung, die ursprünglich gegen den Marxismus ins Leben gerufen wurde, hat sich in ein so enges Abhängigkeitsverhältnis von der Sozialdemokratie begeben, daß sie den Wünschen der gemäßigten Rechte gar nicht mehr nachkommen kann. Und wer das Austreten unserer Minister von Brünings, über Dietrich von Curtius verfolgt hat, der weiß, daß an eine aktive Revisionspolitik des Verfallener Vertrags und damit des ganzen Tributproblems gar nicht gedacht wird. Das Schlagwort der Regierung heißt: „Durch geordnete Finanzen zur Freiheit in der Außenpolitik.“ Daß das eine Utopie ist, an der das deutsche Volk aufgrund der engeren man allein auf den Regierungsabanken nicht einsehen. Es war sehr richtig von der nationalen Opposition, in die